

Zu Ende gedacht

Sehr geehrter Herr Hauke,
zu den unbestreitbaren Vorzügen Ihrer Leserbrief-Seiten gehört das breite Meinungsspektrum, das man dort findet. Das ist es gerade, was eine offene und demokratische Gesellschaft ausmacht ... oder besser gesagt: ausmachen sollte, denn leider gibt es das fast nur noch bei Ihnen, während bei der Mehrheit „staatstragender“ (eigentlich Staat und Grundgesetz zerstörender) Medien Zensur und Ausgrenzung herrschen. Die meisten Zuschriften auf Ihren Seiten lese ich mit Gewinn, auch solche, denen ich nicht unbedingt zustimmen würde. Dazu gehören auch die Beiträge von Dr. Bernd Stiller, der meistens einen bedenkenswerten Punkt hat, auch wenn die Zuordnung, worauf er sich gerade bezieht, oft schwierig ist, weil er aus unerfindlichen Gründen nie Namen nennt und sich lieber in (mitunter respektlosen) Andeutungen ergeht. Aber das wird ja vielleicht noch.

In seinem jüngsten Brief korrigiert Dr. Stiller die Behauptung eines ungenannten Kommentators, wonach in den letzten 10.000 Jahren eine Abkühlung stattgefunden hätte. Das ist in dieser Absolutheit natürlich nicht richtig. Dr. Stiller hat völlig Recht, auch wenn man andere Meinungen – selbst wenn sie Fehler enthalten – wohl nicht als „Bullshit“ oder „dumm“ bezeichnen sollte, schon gar nicht als Akademiker. Glücklicherweise gab es nach der letzten Eiszeit, die vor etwa 10.000 Jahren endete, eine deutliche Erwärmung. Deutschland würde anderenfalls in seiner heutigen Form nicht existieren. Ob es genau 5 (Grad) Kelvin waren, wie Dr. Stiller unter Berufung auf einen Professor behauptet, den er im Fernsehen gesehen hat, vermag ich nicht zu beurteilen. Das Fernsehen liefert, genau wie Kalendersprüche, selten brauchbaren Input für eigenständiges Denken. Dass seit der Eiszeit eine spürbare Erwärmung stattgefunden hat, steht allerdings außer Zweifel. Nun wäre es aber wichtig, diesen völlig richtigen Ansatz auch zu Ende zu bringen! Denn die Frage, was diese Erwärmung dann eigentlich ausgelöst hat, drängt sich hier förmlich auf, wird von Dr. Stiller aber aus unerfindlichem Grund nicht gestellt. Vielleicht hat es der Fernseh-Professor ja auch nicht getan. Einen nennenswerten menschlich verursachten CO₂-Ausstoß gibt es bekanntlich erst seit etwa 300 Jahren durch Industrialisierung und Bevölkerungswachstum. Das sagt sogar der „Weltklimarat“ (IPCC). Da liegt natürlich die Frage auf der Hand, was wohl in den 9.700

Jahren davor die Erwärmung verursacht hat, zumal man auch weiß, dass es sogar schon deutlich wärmer war als heute – z.B. im römischen Klimaoptimum und während der mittelalterlichen Warmzeit, also lange vor Beginn des Industriezeitalters (insofern gab es tatsächlich auch eine zwischenzeitliche Abkühlung bis hin zur „kleinen Eiszeit“ im 16./17. Jahrhundert – der kritisierte Leser liegt gar nicht so falsch). Dr. Stiller liefert uns damit versehentlich den Beweis, dass sich das Klima weitestgehend unabhängig von menschlichen CO₂-Emissionen entwickelt (was auch ich immer wieder mit zahlreichen Fakten belegt hatte), scheint das aber selbst nicht einmal zu merken. CO₂, sowieso „menschengemachtes“, spielt schlichtweg keine nennenswerte Rolle beim Klima. Der grünen Ideologie, die zu Umweltzerstörung, wirtschaftlichem Niedergang, Armut und Unfreiheit führt, fehlt jede belastbare Basis. Sie ist von Milliardenärzinteressen, nicht vom Wunsch nach Rettung der Welt getrieben.

Milliardärzinteressen sind es auch, die hinter den von mir kritisierten „C40-Städten“ stecken. Hier hatte ich ein paar Auszüge aus den zugrundeliegenden Plänen aufgezählt und mich dabei – hier hat Dr. Stiller ein weiteres Mal Recht – auf das „ehrgeizige“ Szenario (mit völligem Verbot von Autos, Fleisch und Milchprodukten etc.) konzentriert. Dr. Stiller zitiert stattdessen lieber das an gleicher Stelle zu findende „progressive Ziel“ (mit einem angestrebten Pro-Kopf-Verbrauch von u.a. 16 kg Fleisch, 90 kg Milchprodukten pro Jahr! sowie einem Auto für jeden Fünften). Er findet das anscheinend großzügig oder wenigstens akzeptabel. Vielleicht ist er ja autofreier Veganer. Die meisten sind das nicht. Lassen Sie uns also auch hier die Fakten für Dr. Stiller zu Ende denken und ausrechnen, was diese „progressiven“ Zielvorgaben (schon ab 2030!) bedeuten. 16 kg Fleisch pro Jahr bedeuten 1 (ein) kleines Steak am Sonntag – und das ist auch schon alles. Aber nur bei völligem Verzicht auf Wurst, Schinken usw. die ganze Woche über. Auch (fleischhaltiges) Futter für Hund und Katze oder ein Döner sind dann nicht mehr drin. Ein sonntägliches Steak, mehr gibt es nicht. Sie können es natürlich auch für Mittwoch aufheben oder jeden Tag ganz vorsichtig 40 g davon naschen. Wer darauf verzichtet, bekommt drei Scheiben Wurst am Tag oder eine Bulette jeden zweiten. Mir scheint, dass dem (viele) Menschen nicht (freiwillig) folgen werden. Wozu auch? Es wird unser Wetter nicht ändern, Dr. Stiller hat den Beweis erbracht (s.o.). Mit den Milchprodukten

sieht es ähnlich aus. Außer einem Milchkaffee pro Tag bleibt von der Ration nichts übrig, auch nicht für die Katze. Keine Butter, kein Joghurt, kein Quarkkuchen, kein Käse – es sei denn, Sie verzichten auf den Milchkaffee und tauschen ihn gegen einen Pudding oder einen halben Becher Quark. Auch das klingt nicht besonders verlockend. Dass nach dem „progressiven“ Szenario nicht sämtliche sondern „nur“ zwei von drei Autos abgeschafft werden sollen (in Großstädten vielleicht „nur“ jedes zweite, weil es da sowieso weniger gibt) ist auch bloß für diejenigen Glückspilze erstrebenswert, die ihres behalten dürfen. Ja, Dr. Stiller hat natürlich wieder Recht: Das „progressive“ Ziel gesteht den C40-Insassen tatsächlich ein wenig mehr zu als das von mir zitierte „ehrgeizige“. Eine krasse Zumutung sind sie allerdings beide, weshalb man sich diesen Exkurs eigentlich sparen kann.

Und besonders jetzt sollte man zu Ende denken, weil sich notwendig die Frage ergibt, wie diese „Ziele“ – egal ob das „progressive“ oder das „ehrgeizige“ – denn eigentlich durchgesetzt werden sollen. Ziel sind dazu da, erreicht zu werden. Anderenfalls müsste man keine „C40-Cities“ gründen. Werden die Menschen ihr Auto, auf das sie womöglich angewiesen sind, freiwillig abgeben? Wird man vielleicht lösen oder braucht es „Vitamin B“, besondere Beziehungen zur Obrigkeit (Sozialkredit)? Werden Sie freiwillig ihr Haustier abschaffen, sich bei „klimaschädlichen“ Lebensmitteln einschränken und stattdessen das ungesunde, aus Krebszellen bestehende (und obendrein bis zu viermal umweltschädlicher!) Ekelfleisch oder gleich Maden aus den Fabriken des Herrn Gates kaufen? Es würde ihn sicherlich freuen. Wird man vielleicht, wie einst im Krieg, Bezugs-scheine einführen, oder extreme Steuern erheben, bis sich nur noch sehr Reiche Fleisch, Milch, Haustiere und Autos leisten können? Oder soll das mit dem programmierbaren „digitalen Zentralbankgeld“ geregelt werden, das nach Erreichen des Limits automatisch gesperrt werden kann? Mit programmierbaren Bezahlkarten – zunächst nur für Flüchtlinge, später vielleicht für Rentner und irgendwann für alle – wird in Thüringen gerade ein Feldversuch durchgeführt. Manche Banken (!) erfassen schon heute den „CO₂-Fußabdruck“ ihrer Kunden. Irgendwie muss das ja alles durchgesetzt werden. Berlin und die anderen C40-Städte haben sich mit ihrer Unterschrift dazu verpflichtet. Multimilliardär Bloomberg mit seinem vielhundertfachen größeren CO₂-Fußabdruck als Sie und ich hat es bezahlt und erwartet nun eine Dividende. Berlin, Hamburg und die anderen C40-Cities müssen in sechs Jahren liefern.

„Das können die doch nicht machen!“, heißt es an der Stelle dann immer wieder, „Politikergeschwätz, das man nicht ernstnehmen sollte“. Wirklich? Sie konnten uns 2020 und 2021 ohne weiteres zu Hause einsperren, dafür bestrafen, allein auf einer Parkbank gesessen zu haben, konnten Geschäfte und Schulen schließen, ungestraft unsere Kinder quälen, Alte in Einsamkeit verkümmern und sterben lassen, konnten uns zwingen, gesundheitsschädliche Masken zu tragen und noch gesundheitsschädlichere „Impfungen“ zu erdulden, alles erwiesenermaßen völlig nutzlos und schädlich, aber für einige Milliardäre (und Politiker) höchst profitabel. Man hat unsere Freiheit von Passierscheinen („Impfpässen“) abhängig gemacht und auf „2G“

reduziert, sogar im engsten Wohnumfeld, obwohl selbst die EMA (Europäische Arzneimittelbehörde) inzwischen offiziell zugibt, dass die Gen-„Impfungen“ keinerlei Schutz vor Ansteckung und Weitergabe bieten, vor allem aber bis heute nicht für Massenimpfungen, sondern nur für den Einzelfall (!) nach Risikoabwägung zugelassen sind. Ja, ja, ich habe es auch nicht glauben wollen, aber mittlerweile schriftlich, unterschrieben von Frau Cooke, der EMA-Chefin, persönlich. Wurde Frau Nonnemacher (Grüne) endlich verhaftet? Ihr Chef und Mittäter Woidke hat von Steinmeier gerade das Bundesverdienstkreuz bekommen. Und es natürlich angenommen; es ist zum Fremdschämen. Hoffentlich haben Sie sich die Adresse Ihres Impfarztes notiert, die von Nonnemacher und Woidke gibt es online. Man hat uns in fremde Kriege verwickelt, die Energiepreise über Nacht verdreifacht, unsere Arbeitgeber ins Ausland oder in die Pleite getrieben, das „Gebäudeenergiegesetz“ beschlossen, das ab 2030 für Millionen Menschen den Verlust von Haus, Hof und Obdach bedeuten kann und auf jeden Fall so hohe Kosten bringt (Habeck spricht von 200.000 Euro pro älterem Haus), dass die Altersvorsorge dahin ist, während für die übrigen die Mieten explodieren.

Das und noch viel mehr haben sie doch real getan, jeder hat es erlebt! Fast immer wurde das „ehrgeizige“ Szenario gewählt, nicht das moderate. Können die das also wirklich nicht machen? Ich wäre da sehr vorsichtig. Sie werden es wenigstens versuchen, wir müssen vorbereitet sein.

bleiben Sie bei Verstand,

Dr. H. Demanowski

„Rechtsstaat und Demokratie in der Krise“

– Juristen-Symposium am 21.10.23 –

Der Rat für ethische Aufklärung nahm an dem 2. Öffentlichen Symposium des Netzwerkes der Kritischen Richter und Staatsanwälte (KRiStA) teil. Es fand am 21. Oktober 23 in Halle statt; der große Saal des Volkshauses war mit über 400 Teilnehmern voll besetzt. Die Atmosphäre unter den Teilnehmern und Referenten war geprägt von dem Bemühen, eine ehrliche und konstruktive Analyse der Rechtsprechung, vor allem der letzten drei Jahre, vorzunehmen. KRiStA gründete sich im März 2021 und setzt sich für den Erhalt der verfassungsmäßigen Grundordnung der Bundesrepublik ein. Durch öffentliche Veranstaltungen, Diskussionen will KRiStA dazu beitragen, dass Demokratie und Grundrechte und somit die Rechtsstaatlichkeit unumkehrbar gestärkt wird.

In dem Symposium kamen hochkarätige Referenten zu Wort, nachzulesen auf der Homepage von KRiStA. Dort findet sich zuerst die Feststellung der ersten Referentin, Frau Prof. Katrin Gierhake, LL.M., dass in den Jahren der „Corona-Krise“ es einen „verdeckten Ausnahmezustand“ gegeben hätte, der zu einer „Rechtsentkernung“ geführt habe. Sie kam in ihrem Vortrag zu dem Schluss, dass Recht nicht beliebig sein dürfe, sondern richtig sein müsse. Als Maßstab hierfür führte sie den Begriff der Freiheit an: Diese sei Grund und Ziel des Rechts.

Der nachfolgende Referent war Herr

bitte blättern Sie um!

Leserkarikatur von Siegfried Biener



weiter von der vorigen Seite

Rechtsanwalt Philipp Kruse, LL.M., aus Zürich. Er konstatierte in seinem Vortrag unter dem Titel „Die WHO-Reformprojekte zur Pandemiebekämpfung: Dauerhafte Auswirkungen auf die verfassungsrechtliche Grundordnung der Mitgliedstaaten“, dass der stattgefundenen staatliche Machtmissbrauch der letzten Jahre nicht aufgearbeitet werde. Seine Feststellung: „Wir haben es mit einem Großereignis von Grundrechtsverletzungen zu tun.“ Die geplanten Reformen der Weltgesundheitsorganisation, die zu unmittelbar geltenden WHO-Rechtsnormen führen können, würden den „Chaosbonus“ aus Pandemiezeiten fortführen und zu einem Notrecht auf Dauer führen: „Der Willkür sind hier Tür und Tor geöffnet.“ Dass ein „Ausnahmestand“ überhaupt drei Jahre und drei Monate angedauert habe, sei nicht hinnehmbar. Zukünftig drohe er überdies in weiteren Bereichen, nämlich für „One Health“ – was sehr weitreichend sei.

Frau Prof. Dr. Ulrike Guérot hielt einen Vortrag über „Simulative Demokratie – über die Aushöhlung rechtsstaatlicher Verfahren“. Es handele sich um eine strukturelle kapitalistische Entkernung von Demokratie; nur deren Oberfläche bleibe, so Guérot. Sie untersetzte ihre These der simulativen Demokratie mit Beispielen aus millionenschweren „Mitwirkungs-Bürgerabfragen“ der Kommissionen der Europäischen Union, die aber nachweislich nur zu placebo-demokratischen Mitwirkungs- und Teilhabenaschwächen für eine Kommissionstätigkeit ohne echte Auswertung der europäischen Bürgeranliegen führte.

Im vierten Beitrag nahm der Philosoph Dr. Michael Andrick in seinem Vortrag: „Der Totalitarismus baut sich seinen Staat“ den Begriff des Nachdenkens auf. Er formulierte: Alles Nachdenken sei Vergleichen. In Deutschland bestehe das Problem, dass der Totalitarismus-Begriff verbrannt sei, sogar noch glühe und drohe, alle zu versengen, die ihn aufgriffen. Als notwendige Voraussetzung totalitärer Systeme nannte Andrick die Ideologie. Moralisierung und Demagogie würden zu einem geschädigten Gesellschaftsklima führen, kritisierte er.

Scharf griff er das Phänomen des „Fakten-Checking“ an.

Wir Ratsmitglieder hoffen, dass die Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik reformiert wird. Dazu gehört die aktuelle Forderung des deutschen Richterbundes, sich von dem Weisungsrecht der Justizminister zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu verabschieden. Wir sehen in dem Netzwerk KRiSTA ein qualifiziertes Fachbündnis, welches nicht nur bei den Justizministern, sondern darüber hinaus wahrgenommen werden sollte.

Hildegard Vera Kaethner
Rat für ethische Aufklärung
Brandenburg

Kein gutes Jahr für Deutschland

...und auch kein gutes Jahr für Fürstenwalde. Der größte Reifenproduzent der Erde beabsichtigt, in den nächsten Jahren seine Reifenproduktion in Fulda und Fürstenwalde zu beenden. Neben Werken in Deutschland verfügt Goodyear ebenso über Fertigungsstätten in Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Polen und

Slowenien. Für mich sieht es so aus, dass nur die Werke in Deutschland geschlossen werden. Die Fertigungsstätten in Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Polen und Slowenien bleiben offen! D.h. die Produktionsstandorte in Deutschland sind im Vergleich so unattraktiv geworden, dass sie keine Zukunft mehr haben.

Jetzt fragen Sie sich mal, woran das liegt. Hauptfaktor ist die Energiewende ins Nichts, wie sie schon seit 1998 betrieben wird. Erst Schröder, Trittin und Fischer. Dann Merkel und Co. und seit 2021 die Ampel.

Seit 1998 wird der Standort Deutschland durch die irrsinnige Energiepolitik zu Grunde gerichtet. Die Stilllegung der Atomkraftwerke war der letzte Sargnagel für die industrielle Produktion in Deutschland. Egal, wen Sie seit 1998 in die Regierung gewählt haben, sie haben alle überbezahlt daran gearbeitet, die Industrie und den Wohlstand hier zu vernichten. Jetzt können Sie glasklar das Ergebnis von 25 Jahren Industrievernichtungspolitik betrachten. In Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Polen und Slowenien lohnt es sich für Goodyear anscheinend noch, Reifen zu produzieren. In Brandenburg und insgesamt in Deutschland nicht mehr. Obwohl Luxemburg als Standort teurer (Gehälter) als Deutschland sein dürfte, bemüht man sich dort noch um den Erhalt der etwa 3.500 Arbeitsplätze.

Während für Deutschland schon der Hammer gefallen zu sein scheint: Gegen die komplett verfehlte Energiepolitik bei uns seit 1998 ist für die Industrie hier kein Kraut mehr gewachsen. Alle Regierungsparteien seit 1998 haben ihren Anteil daran. Seit 2021 sind die nun komplett irre geworden. Wir werden von überbezahlten Ideologen regiert, die nicht in der Lage sind, das Werk von Generationen zu verteidigen und fortzuführen.

Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. (Goethe)

Bei normalen Regierungen wie unter Adenauer, Erhard, Brandt und Helmut Schmidt funktioniert das. Bei geistig Verwirrten eben nicht. Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Polen und Slowenien machen bei der irrsinnigen Energiewende seit 1998 nicht mit. Frankreich hatte 2022 einen Atomstromanteil von 63 Prozent und Deutschland könnte ohne französischen Atomstrom und polnischen und tschechischen Kohlestrom nicht überleben. Die anderen Produktionsstandorte bleiben erhalten, weil dort Strom noch bezahlbar ist. Deshalb sind sie noch konkurrenzfähig. Schaltet die Kernkraftwerke wieder an und baut neue. Sonst hat der Industriestandort Deutschland keine Chance mehr!

Die Politik mag da ja gerne auf Tesla hoffen. Die Ansiedlung war trotz aller Risiken und Schwierigkeiten der zentrale wirtschaftspolitische Erfolg dieser Landesregierung. Wenn sich aber die Energiepolitik nicht wesentlich zum Besseren ändert, dann wird nicht etwa Tesla der Retter für das Reifenwerk, sondern Tesla wird selbst zum Pflegefall. Wird die Energiepolitik so weitergeführt wie derzeit, dann haben Elektroautos auf Dauer keine Chance, gegen traditionelle Verbrennermotoren zu bestehen. Brandenburg hat so ziemlich den teuersten Strom dieser Erde. Elektroautos gibt es schon seit 1905: Die elektrische Viktoria aus den Siemens-Schuckert-Werken. Hat sich nicht durchgesetzt. Zu wenig leistungsfähig. Wenn Elektroautos so

gut sind, dann werden sie sich auch ohne Verbrennerverbot durchsetzen. Dass ein Verbrennerverbot erfolgt, zeigt gerade, dass die E-Autos nicht genügend leistungsfähig sind. Politischer Murks auf allen Ebenen statt Entscheidungsfreiheit und Sachverständ.

Axel Fachtan

Da muss man sich...

...doch mal fragen, warum man noch arbeiten gehen soll, wenn die Ampel-Regierung das von uns schwer erarbeitete Geld nur für Lügen ausgibt? Was soll das? Wer hat die SPD gewählt mit diesem verlogenen, erinnerungslosen Scholz? Er ist Rechtsanwalt! Wir erinnern uns noch an Cum-Ex, dann ließ er Hamburg mit 46 Mrd. Euro Schulden sitzen, um Finanzminister zu werden, dann Wirecard-Skandal und nun schon wieder 60 Mrd. Euro. Einfach weg! Jeder Ladendieb ist ein ehrlicher Mensch gegen ihn! Die Sozen können nicht mit Geld umgehen, der Putinfreund Schröder nicht, seine Finanzminister Eichel und Steinbrück auch nicht! In dieser Partei stinkt es von unten bis oben und umgekehrt. In vielen Brandenburger Gemeinden machen die SPD-Bürgermeister, was sie wollen. Der Ministerpräsident, gegen den wegen seiner Tesla-Heimlichkeiten eine Klage läuft (<https://fragdenstaat.de/dokumente/239858-klage-kempenbrandenburg-teslaskluge-1/>), lässt es fehlen an genügend Ärzten, an gutem Öffentlichen Personen-Nahverkehr, an guten Straßen, an sicheren Grenzen und an guter Infrastruktur. Und oben drauf die SPD im Bundestag als ein Totalversagen. Ist dieser Partei, diesem Lügenverein und Selbstversorgerklub, das Wort „sozial“ überhaupt bekannt? Wer sind die Wähler dieser Partei, die immer noch an Willy Brandt und Helmut Schmidt denken? Sie mögen endlich aufwachen! Und wer sind die Wähler, die noch immer nicht begriffen haben, dass der ganze Klima-Zirkus nur das Ziel hat, die Bevölkerung zu verarmen für bessere Kontrolle, um selbst dadurch reicher zu werden. Bill Gates will sogar zur Klimaretung Wälder vergraben. Eine herausragende Idee, an der jeder erkennt, wie verlogen die Klima-Ideologie ist. Das Klima wird von der Sonne gemacht! Wer etwas anderes behauptet, ist schlicht dumm oder eben kriminell, wie die Grüne Truppe im Bundestag! Und wer hat die Gelben in den Bundestag gebracht? Deren liberale Ideologie ist aus dem 19. Jahrhundert und damals schon gescheitert. Man möge endlich einmal in ein Geschichtsbuch schauen!

Da muss man doch auch noch mal fragen, wie dumm die hunderte Bundestagsabgeordnete sind, die Jura studiert haben, aber nicht erkannten, dass man einen Bundeshaushalt nicht allein aus virtueller Ideologie zusammennageln kann. Das hat ein Geschmäcke von Pustelblume-Wirecard. Jura-Studienabschlüsse aberkennen! Die dümmste Regierung befördert mit ihrer Kriegspolitik („Wir sind im Krieg mit Russland“), mit ihrer Klimaideologie die Verarmung, Unterdrückung der Opposition, Spaltung der Bevölkerung und Deindustrialisierung unserer Heimat. Ich warne aber auch vor einer Partei, die eben noch 16 Jahre regierte! Die im Unrechtsbewusstsein gefangenen Regierungsversager, die ohne einen Funken Unterstützung vom Souverän sind, sollten sich fragen, ob sie nicht endlich imstande sind, Friedenspolitik für die Bürger zu machen mit 500.000 Sozialwohnungen je Jahr, Inflationsaus-

gleich für Rentner und Arme, 1.200 Euro Mindestrenten, Krankenkassen, die alle Kosten übernehmen, ein Bildungssystem, welches diesen Namen verdient, Deutschlandticket für 30 Euro, drastische Energiepreissenkungen für Bürger und Wirtschaft, dichtgemachte Grenzen und massenhafte Migrantenabschiebung. Das muss sofort sein! Sonst Regierungsrücktritt und Neuwahlen!

Dr. Roger Heinemann

Frobes Fest

Der erste Schnee bedeckt den Wald,
die Bäche frieren zu,
Beginn der kalten Jahreszeit,
der Herbst geht jetzt zur Ruh.

Die Blätter sind davon geweht,
der Sturm, er hat's gemacht,
die Tage werden kürzer nun,
und länger wird die Nacht.

Wenn nun das dritte Lichtlein brennt,
dann ist es nicht mehr weit.
Ein Fest, auf das sich jeder freut,
zu dieser Jahreszeit.

Und strahlt der Baum in vollem Glanz,
hört man die Glöckchen klingen,
die Kinderherzen schlagen schnell.
Was wird der Abend bringen?

Ein Pferdeschlitten hält vorm Haus,
Geschenke kommen an,
die Kinderaugen strahlen hell,
man dankt dem alten Mann.

Und Wärme strahlt durch Herz und Raum,
ein Chor singt Weihnachtslieder.
So lange man im Frieden lebt,
kommt dieser Tag auch wieder.

H. Mehwald

Mit mir spricht mein Staat auch nicht mehr!

Sehr geehrte Herr Hauke,
vor kurzem schrieben Sie einen Leitartikel, in dem Sie schilderten, dass Ihnen die Pressestellen der Bundesregierung nicht mehr antworten („Mein Staat spricht nicht mehr mit mir“, Ausgabe 22/2023 vom 25.10.2023). Auf meinen Brief an die Bundesregierung erhielt ich ebenfalls keine Antwort:

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bin besorgt über die Zukunft Deutschlands. Insbesondere die Zukunft der Jugend, speziell meiner Kinder.

Diese Sorge ist begründet, seit ich den beigelegten Artikel lesen konnte.

Da der Inhalt sicher den Tatsachen entspricht, wäre man als Deutscher doch lieber ein Flüchtling aus der Ukraine.

Meine geschiedene Frau muss mit einer Rente von 900 Euro auskommen. Ich habe mal mit 790 Euro angefangen. In den Jahren habe ich mich auf 1.000 Euro hochgearbeitet. Dafür haben wir 30 Jahre in die Kassen der BRD und vorher in die SV der DDR eingezahlt. Ein „Flüchtling“ bekommt mindesten 1.846 Euro. Diese einfach mal so.

Apropos Flüchtling. Ich habe bisher nur Ukrainer mit riesengroßen Autos und viel Taschengeld gesehen. Diese sind für mich nur Abkassierer. Die wahren bedrohten Personen sind meiner Meinung nach im Frontgebiet. Sie können sich eine Flucht nicht leisten.

Warum werden die reichen Flüchtlinge bei uns mit offenen Armen empfangen?